

## **Bildung einer Übergangsregierung bietet neue Chancen für Lösung des Nahostkonflikts**

Zu der angekündigten Einigung zwischen Fatah und Hamas erklärt **Kerstin Müller**, Sprecherin für Außenpolitik:

Wir begrüßen die angekündigte Einigung zwischen Fatah und Hamas zur Bildung einer gemeinsamen Übergangsregierung und die Abhaltung freier Wahlen im Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Die EU, die USA und das Nahost-Quartett dürfen jetzt nicht den Fehler wiederholen, einer palästinensischen Einheitsregierung wie im Jahr 2007 von vornherein keine Chance zu geben, weil Hamas daran beteiligt ist. Dies führte letztlich nicht zur Schwächung, sondern zur Stärkung der Hamas.

Für den Fall, dass die angekündigte Einheitsregierung zustande kommt, wird diese sich an klaren Kriterien messen lassen müssen:

- Leistet sie einen Beitrag zur Realisierung einer Regelung des Konfliktes im Sinne einer Zwei-Staatenregelung?
- Trägt sie zu einem Ende des Raketenbeschusses aus dem Gaza-Streifen auf Israel bei?
- Trägt sie zu einer Übereinkunft mit Israel bei, die zur Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit führt?
- Ist sie bereit, in den palästinensischen Gebieten Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zu garantieren, ohne die es keine freien Wahlen geben kann?

Die Sorgen in Israel sind angesichts der Geschichte von Hamas und angesichts der Unklarheiten, was genau die Übereinkunft zwischen Fatah und Hamas beinhaltet, verständlich. Doch auch die israelische

Regierung wird sich überlegen müssen, ob eine prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber einer palästinensischen Einheitsregierung im eigenen Interesse liegen kann. Die Politik der Vergangenheit hat zu einer Stärkung von Hamas und zu einer zunehmenden Isolierung Israels geführt.

Bei allen unbestreitbaren Risiken muss aktiv nach Wegen gesucht werden, diesen Trend umzukehren. Dies gilt besonders auch im Licht der grundlegenden Veränderungen in der Gesamtregion. Dass sich der UN-Sicherheitsrat angesichts des brutalen und menschenverachtenden Vorgehens des syrischen Regimes gegen die Protestierenden nicht auf eine gemeinsame Haltung einigen konnte, ist kein gutes Zeichen.

-----